

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Willy-Brandt-Platz 1 · Kaiserslautern

An
Oberbürgermeister
Herrn Dr. Klaus Weichel
– im Hause –

**Fraktion im Stadtrat
Kaiserslautern**

Rathaus Kaiserslautern
Zimmer 201

Willy-Brandt-Platz 1
67655 Kaiserslautern
Tel.: +49 (631) 68500
Tel.: +49 (631) 365-2403
ratsfraktion@gruene-kl.de

Kaiserslautern, 6.7.2022

Betreff: Notfallplan Energie

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
die Fraktion der Grünen bittet Sie um Aufnahme des folgenden Punktes auf die Tagesordnung der Ratssitzung vom 18.7.2022

Öffentlich:
Modellrechnungen Gaspreisentwicklung

Beschlussvorschlag:

1) Der Stadtrat bittet die SWK zur Vermeidung von privaten Überschuldungen im kommenden Winter, für mehrere Verbrauchsszenarien bei Gas und Fernwärme Modellrechnungen anzustellen und zu veröffentlichen. Konkret soll ausgearbeitet werden, wie sich die monatliche Rate bei gleichbleibendem Verbrauch in Ein - bis Vierpersonenhaushalten durchschnittlich entwickelt. Zudem soll für solche Haushalte, die in der teuersten Bezugsklasse liegen, eine Rechnung angestellt werden, welche die nächstjährige Abschlagszahlung bei gleichbleibendem Verbrauch angibt. Diese Zahlen sollen bei Preissteigerungen aktualisiert und auf der Webseite veröffentlicht werden. In entsprechenden Veröffentlichungen sollen Empfehlungen zum Energiesparen aufgenommen werden .

2) Darüber hinaus wird unter Einbindung der Wohlfahrtsverbände und des lokalen Energieversorgers die Einrichtung eines Nothilfefonds zur Begleichung der Energie - und Wasserkosten von in finanzielle Not geratene Kunden der Stadtwerke nach Vorbild der Stadtwerke Heidelbergs und Mannheims geprüft. Die Ergebnisse sollen im Stadtrat oder geeigneten Gremien vorgestellt werden. Wegen der gebotenen Eile sollen möglichst naheliegende Schritte bereits umgesetzt werden.

3) Möglicherweise im Nicht-öffentlichen Teil der Sitzung: Die Verwaltung stellt Planungen für den Notfallplan im Falle einer Allgemeinverfügung durch die Bundesnetzagentur und des vorherigen Ausrufens der „Notfallstufe Gas“ vor. Nach welchen Kriterien wird eine Liste derjenigen Unternehmen/öffentlichen Einrichtungen auf städtischem Gebiet erstellt, die dann kein oder weniger Gas beziehen dürfen? Gibt es schon konkrete Überlegungen?

Mit freundlichen Grüßen,



Tobias Wiesemann, Fraktionsvorsitzender